



MdB Karl Holmeier, Landrat Franz Löffler, stellvertretende Bürgermeisterin Christine Wegmann, MdL Dr. Gerhard Hopp und Bürgermeister Alois Hamperl (von links). Foto: Kröllner

Themensammlung für den Landtagswahlkampf

CSU-Spitzen bei „Jetzt red's ihr und mia hör'n zu“ in Rettenbach

Rettenbach. (dok) Bürgermeister Alois Hamperl, der zugleich stellvertretender CSU-Ortsvorsitzender ist, freute sich, zur Veranstaltung „Jetzt red's ihr und wir hör'n zu“ im Gasthaus Wagner viele Gäste willkommen zu heißen. Die Bürger sollten die Themen ansprechen, die ihnen im Landtagswahljahr auf den Nägeln brennen. Die CSU-Spitzen im Landkreis – Landrat Franz Löffler, der Bundestagsabgeordnete Karl Holmeier und der Landtagsabgeordnete Dr. Gerhard Hopp hörten aufmerksam zu und gingen anschließend ausführlich auf die Fragen ein.

Neben der CSU-Spitze des Landkreises waren auch die Kreisrätin Barbara Haimler, die Bürgermeister Gerhard Blab aus Michelsneukirchen und Thomas Schwarzfischer aus Zell sowie die Ortsverbände aus Schillertswiesen, Michelsneukirchen, Zell, Mainsbauern und Wald gekommen. Auch den Ehrenmitgliedern Alfons Piller senior und Alois Kulzer galt Hamperls herzliches Grüß Gott.

Boomende Wirtschaft – weniger Gründungen

Als erster ergriff der ehemalige Gemeinderat Hans Fisch das Wort und stellte fest, dass im Landkreis Cham die Existenzgründungen in den vergangenen 20 Jahren stark zurückgegangen seien. Dahingehend wollte er wissen, inwieweit das Handwerk wirtschaftlich eine Rolle im Landkreis spiele, denn möglicherweise könnten Handwerksbetriebe, die in der Zukunft übergeben werden, ohne Förderung nicht weitergeführt werden. Landrat Löffler erwiderte, dass der Landkreis – auch im Handwerk – ein Exportlandkreis geworden sei. Die Entwicklung die man genommen habe, hätte natürlich viel mit der Qualität der Arbeit zu tun. Das wichtigste sei, die jungen Leute gut zu qualifizieren und dafür hätte der Landkreis viel getan.

Bezüglich der zurückgegangenen Existenzgründungen teilte er mit, dass diese in Zeiten der Vollbeschäftigung meistens rückläufig seien. Der Landkreis hätte jedoch als Unterstützung ein digitales Gründerzentrum zugesprochen bekommen, das in Kürze installiert werde. Die Bildung sei die Basis für all dieses Tun.

Hopp ergänzte, dass Bildung auch auf Landesebene ein zentrales Thema sei. Man habe es vor zehn bis 15 Jahren versäumt, zu sehen, welchen „Schatz“ man mit der dualen Berufsausbildung eigentlich habe. Daher habe man das Meister-Bafög aufgestockt, damit man sich etwas aufbauen könne, denn die Chancen

im Handwerk müssten unterstützt werden. Holmeier betonte, dass dieses Thema auch aus Bundessicht eine Rolle spiele. Es sei in der Vergangenheit unterschätzt worden, wie wichtig das Handwerk sei. Hier sei noch einiges zu tun. Auch bei der Bezahlung werde sich etwas verändern, zeigte er sich sicher. Kleinere Betriebe könnten durch das Amt für ländliche Entwicklung (ALE) gestärkt werden.

Auch Leerstände seien eine große Herausforderung. Nicht genutzter Wohnraum sollte zugänglich und bezahlbar gemacht werden, sagte ein weiterer Anwesender. Darauf entgegnete Holmeier, dass man bei den Menschen das Bewusstsein dafür schaffen müsse.

Bürokratie überfordert Landwirte immer noch

Ein weiteres brisantes Thema des Abends war das Ausufer der Bürokratie in der Landwirtschaft. „Was man am Vormittag gearbeitet hat, muss man am Nachmittag dokumentieren“, machte ein Anwesender seiner Verärgerung darüber Luft.

Holmeier und auch Löffler gaben dem Wortmelder recht und sagten, dass Lösungen gefunden und Entlastungen herbeigeführt werden müssen. Die Bürokratie müsse abgebaut werden, dies hätte jedoch zur Folge, dass der Einzelne mehr Verantwortung übernehmen müsse, außer beim Brandschutz – der habe zugenommen, weil die Eigenverantwortlichkeit abgenommen habe. Er informierte weiter, dass die Digitalisierung auch in der Landwirtschaft kommen werde. Dem fügte Alois Kulzer hinzu: „Es kann doch nicht sein, dass die Bauern durch die viele Bürokratie aussterben. Kein Wunder, wenn keiner mehr mag.“

Bürokratie und Digitalisierung – diese beiden Themen zogen dann sich wie ein roter Faden durch den Abend. Denn auch Gärtnermeister Michael Simml aus Kalsing, Josef Hamperl und Altbürgermeister Georg Griesbeck nahmen später dazu Stellung.

Ein weiteres Thema des Abends war Mobilfunk. Hamperl erinnerte, dass der vor Jahren geplante Mobilfunkmast durch eine Unterschriftenaktion der Bürger verhindert worden sei und heute würden sich viele Gewerbetreibende über die vorhandenen weißen Flecken in der netzabdeckung beschweren.

Unzufriedenheit mit der Asylpolitik

Auch die Flüchtlingskrise war ein heißes Eisen. Rupert Zierer forder-

te, dass die Grenzen endlich dicht gemacht werden sollen. Er zeigte kein Verständnis dafür, dass Deutscher zur Tafel gehen müssen, weil sie nur eine geringe Rente haben, während für die Asylbewerber „wie verrückt“ Wohnungen gebaut werden.

Holmeier betonte, dass es zur Flüchtlingskrise gekommen sei, weil die Welt versagt habe. Es sei der CSU zu verdanken, dass der Familiennachzug für diejenigen, die keinen subsidiären Schutz-Status genießen, ausgesetzt worden sei. Das Wichtigste in der Asylpolitik sei die Entwicklungshilfe in den Herkunftsländern – dort müssten Möglichkeiten geschaffen werden. Auch wurde die Grenzpolizei wieder aktiviert und es würden verstärkt Schleierfahndungen durchgeführt.

Asylbewerber sollten arbeiten dürfen, meinte Peter Eigenstetter. Sie könnten doch eine Ausbildung machen und lernen, wie man beispielsweise Brunnen baut. Löffler entgegnete, dass ein Asylbewerber schon arbeiten dürfe, „aber wer nimmt ihn denn?“ Er ergänzte, dass nur der, der ein Bleiberecht habe, ausgebildet werden dürfe.

Dieselfahrverbote und Straßenausbaubeiträge

Aufgegriffen wurde auch der Dieselskandal. Hier sagten die Politiker, dass es ihrer Meinung nach keine Fahrverbote geben werde. Holmeier fügte hinzu, dass die PKW-Maut zum 1. Januar 2019 eingeführt und der Soli bis Februar 2021 abgeschafft würde.

Ein weiterer Anwesender brachte vor, dass viele Berufstätige auf eine Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder angewiesen seien, die Förderung des Staates jedoch erst bei Gruppenstärken ab 14 Kindern greife. Damit hätten viele Kommunen zu kämpfen. Hier sagte Karl Holmeier, dass der Bund einen Rechtsanspruch für Nachmittagsbetreuung in Grundschulen umsetzen wolle.

Gegen Ende des Abends kamen schließlich auch die Straßenausbaubeiträge zur Sprache – ein sehr aktuelles Thema in der Gemeinde. Hopp teilte mit, dass man sehr wohl wisse, dass sich nicht nur die Belastungen für die Bürger in den vergangenen Jahren verändert hätten, sondern auch die Straßennutzung. Deshalb habe man am 13. Januar beschlossen, die Strabs abzusuchen. Sylvia Baumann schilderte die Situation in Haag und wollte eine konkrete Antwort mit nach Hause nehmen. Hopp versicherte, dass laufende Maßnahmen vom Freistaat Bayern übernommen würden.